

Ludwig Watzal Der israelisch-palästinensische Friedensprozeß

Wir sind Zeugen eines im offiziellen Sprachjargon bezeichneten Friedensprozesses im Nahen Osten, der durch die Unterzeichnung der „Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“ vom 13. September 1993 in Gang gesetzt worden ist und der durch die Konkretisierungen im „Gaza-Jericho-Abkommen“ vom 4. Mai 1994, dem „Israelisch-Palästinensischen Interimabkommen über die Westbank und den Gaza-Streifen“ vom 28. September 1995 sowie den Wahlen vom 20. Januar 1996 ein weiteres Momentum erfahren hat, aber an dessen Ende trotzdem kein souveräner Palästinenserstaat in den Grenzen von 1967 stehen wird. Es wird zwar irgendein Gebilde geben, das eher einem Flickenteppich gleicht oder wie ein Inselreich aussehen wird und das die Palästinenser dann „Staat“ nennen können, wenn sie es denn wollen. Was die Dokumente bewirkt haben, und dies ist unzweifelhaft ein großer, aber auch ambivalenter Fortschritt, sie haben das internationale Koordinatensystem im Nahen Osten und die Bedingungen des bilateralen und multilateralen Konflikts von Grund auf verändert.

Die unterzeichneten Dokumente sind nicht Ausdruck von politischer Emanzipation der Palästinenser, sondern symbolisieren eine dauerhafte politische und soziale Unterwerfung; sie sind hochgradig asymmetrisch und Ausdruck der Kapitulation der Palästinenser vor ihren Besatzern. Die palästinensische Seite war es, die permanent nachgeben mußte. Wer glaubt, daß Israel bei den verbleibenden Streitfragen wie Jerusalem, die Siedlungen, die

Flüchtlinge u.a. nachgeben wird, sollte aufmerksam die Reden und Interviews der israelischen Politiker lesen, insbesondere die Statements von Ministerpräsident Shimon Peres und seines Ministers ohne Geschäftsbereich Jossi Beilin. Für sie steht auch nach den Wahlen ein Palästinenserstaat nicht auf der Nahostagenda. Die einzige Aufgabe und Funktion, die der gewählte „Palästinenser-Rat“ hat, ist die Eliminierung der PLO-Charta; dies hat Peres überdeutlich gemacht. Die Abkommen lassen vier von sechs Mio. Palästinensern unberücksichtigt. Die palästinensische Führung hat sich in eine fatale Abhängigkeit von Israel gebracht. Arafat und sein Regime müssen für die Sicherheit Israels in den teilautonomen Gebieten sorgen. Die Abkommen sind primär Sicherheitsabkommen. So ist es nicht verwunderlich, daß Sicherheitslogans die Abkommen wie ein roter Faden durchziehen. Die Umsetzung der diversen Abkommen sichert Israel die dauerhafte Herrschaft über die Gebiete, ohne das das Land als Besatzungsmacht erscheint; es herrscht durch palästinensische Stellvertreter. Eine klassisch neokolonialistische Situation ist entstanden, und die Kolonisierung und Besetzung dauern an. Nach dem Rückzug der israelischen Truppen aus den palästinensischen Bevölkerungszentren in der Westbank liegt die palästinensische Kontrolle über das Territorium bei knapp 30 Prozent. Nichtsdestotrotz bestimmt Israel weiterhin die Spielregeln. Das Land hat seine Vorstellungen von einem „neuen Nahen Osten“ durchgesetzt, der für die Palästinenser wie

folgt aussehen wird: Israel behält das Jordantal als seine Sicherheitsgrenze, annektiert die Siedlungskonzentrationen, behält das „vereinigte“ Jerusalem, zieht sich nicht auf die Grenzen von 1967 zurück und verweigert den Palästinensern weiterhin das Rückkehrrecht.

Dieses Konzept der Peres-Regierung unterscheidet sich in nichts von den Vorstellungen der Rechten in Israel. Deshalb kann Meron Benvenisti, ehemaliger Vizebürgermeister von Jerusalem, in Ha'aretz vom 26. Oktober 1995 schreiben, daß der Unterschied zwischen beiden politischen Lagern ungefähr der ist, der den Palästinensern eine bedingungslose Kapitulation auferlegt oder der, der den Palästinensern eine etwas großzügigere Form der Kapitulation zumutet. Die Vereinbarungen von Oslo, Kairo und Taba haben somit das palästinensische Problem nicht gelöst, sondern nur machtpolitisch erledigt. Der historische Rückschlag für das palästinensische Selbstbestimmungsrecht ist irreversibel, da er von der eigenen Führung initiiert worden ist.

Der Soziologieprofessor Baruch Kimmerling schreibt dazu am 3. Januar 1996 in Ha'aretz, daß dieses Abkommen (Oslo II) den berüchtigten Versailler Vertrag als ideal erscheinen läßt. „Die Frage einer Erneuerung des Palästinenseraufstandes, der die Intifada wie ein Kinderspiel erscheinen lassen wird, und der -wie der Arabische Aufstand von 1937 bis 1939- sich gegen die palästinensische Führung und gegen die wirklichen Herrscher richten wird, ist nur eine Frage der Zeit.“

Wie nicht anders zu erwarten, wurden die Wahlen nicht nur von den Palästinensern als ein Meilenstein auf dem Weg zu einem Palästinenserstaat gepriesen, sondern auch die westliche Presse intonierte diese Melodie. Wer sich die realen Machtverhältnisse im Nahen Osten ansieht, stellt schnell fest, daß die Handlungsfähigkeit Arafats und seines Parlaments vom guten Willen Israels abhängt. Arafat wurde zwar von den Palästinensern mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten

gewählt, ohne aber einer sein zu dürfen. Auch das Parlament darf kein Parlament im klassischen Sinne sein, weil es kein Gesetz verabschieden darf, das einer israelischen Militärverordnung widerspricht, und die gelten weiterhin auch in den teilautonomen Gebieten. Diese Wahlen sind ein großer Rückschlag für die nationale Frage der Palästinenser, und dies stärkt Arafat in seiner autokratisch-diktatorischen Rolle. Ob sie dem Aufbau einer Demokratie förderlich sind, darf bei Arafats gestörtem Verhältnis zu einem demokratischen Verfahren bezweifelt werden. Arafat kann zwar wieder einen Palästinenserstaat proklamieren, dies hatte er bereits 1988 getan, aber es ist ihm nicht gestattet, Außenpolitik zu betreiben oder die Ein- und Ausreise seiner Bevölkerung zu regeln. Auch der damalige Phantomstaat war von über 120 Staaten diplomatisch anerkannt. Welches waren die Faktoren, die zu der demütigenden Rolle der Palästinenser geführt haben.

Die Veränderungen des internationalen Umfeldes

Bereits mit der Zerschlagung der Machtbasis der PLO 1982 im Libanon mußte Arafat klar geworden sein, daß die Zukunft des palästinensischen Volkes nur in einer Zwei-Staaten-Lösung liegen konnte. Diese Einsicht brach sich 1988 in Algier offiziell Bahn, da sich hier die PLO für eine Zwei-Staaten-Lösung entschieden hat, aber die damalige rechtskonservative Regierung unter Yitzhak Shamir sich von der „Terrororganisation“ PLO nicht anerkennen lassen wollte. Bereits ein Jahr später begann sich mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums das internationale System dramatisch zu verändern, keine Region blieb davon unberührt; so auch der Nahe und Mittlere Osten nicht. Mit dem endgültigen Kollaps der Sowjetunion verschwand über Nacht die zweite Supermacht von der weltpolitischen Bühne. Der Ost-West-Antagonismus wurde von einer US-Dominanz auf globaler

Ebene abgelöst. Die Israel feindlich eingestellten Staaten verloren ihren Protegé und Waffenlieferanten. Ein weiteres Ereignis, das der PLO völlig den Rest gab, war der zweite Golfkrieg. In völliger Verknennung der machtpolitischen Realitäten setzte Arafat und mit ihm die meisten Palästinenser auf den Despoten von Bagdad. Für die PLO hatte dies verheerende Auswirkungen. Die reichen Ölscheichtümer drehten ihr den Geldhahn zu. Fast 400000 Palästinenser wurden aus Kuwait und den anderen arabischen Ländern ausgewiesen. Diese Entwicklung führte zu einem politischen, wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Bankrott der PLO sowohl in den besetzten Gebieten als auch in der Diaspora.

Als Resultat des Golfkrieges kam die Madrider-Friedenskonferenz für den Nahen Osten. Der damalige US-Präsident George Bush konnte dafür auch die Unterstützung der arabischen Staaten erhalten, als er am 6. März 1991 vor dem US-Kongreß sich für einen „umfassenden Frieden auf der Grundlage der UN-Resolutionen 242 und 338 und des Prinzips „Land gegen Frieden“ aussprach. Diese Rede zusammen mit Bushs Brief an die Palästinenser vom Oktober 1991, in dem sich die US-Administration gegen den „Ausbau der Siedlungen“ aussprach, ermöglichten es Arafat, das Exekutiv Komitee der PLO für die Madrid-Formel zu gewinnen. Die Zusammensetzung der Delegation in Madrid zeigte, daß die PLO keine formale Rolle im Friedensprozeß spielte. In zehn ergebnislosen Runden schleppten sich die folgenden Verhandlung in Washington dahin. Die Shamir-Regierung hatte kein Interesse an einem Ausgleich mit den Palästinensern. Nach seiner Abwahl im Juni 1992 gab Shamir öffentlich zu, daß er noch zehn Jahre mit den Palästinensern verhandelt hätte, ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Mit der Übernahme der Macht durch die Rabin/Meretz-Regierung begann wieder eine realistische Phase der israelischen Politik. Obwohl die Repression von seiten Israels und

der Terror der Palästinenser erst nochmal zunahmen, wurde bereits im Geheimen in Oslo verhandelt.

Der Optimismus und die Euphorie kurz nach der Unterzeichnung der „Prinzipienklärung“ waren durchaus berechtigt, solange man den vollständigen Text der Vereinbarungen und die Konsequenzen vor Ort noch nicht kannte. Von dieser Aufbruchstimmung ist nichts mehr geblieben. Endlich, so schien es, war die Weltöffentlichkeit den leidigen israelisch-palästinensisch-arabischen Konflikt los. Von nordamerikanischer und westeuropäischer Seite überbot man sich mit finanzieller Unterstützung. Und so waren umgehend 2,4 Mrd. US-Dollar für die Zeit von 1994 bis 1998 zugesagt, und die Experten fragten sich schon besorgt, wo denn diese Summen im Gaza-Streifen nutzbringend investiert werden könnten. Diese Investitionen laufen aber an den Autonomieinseln vorbei und fließen nach Jordanien und Israel. Welcher Unternehmer will schon in einem Gebiet investieren, das ständig abgeriegelt werden kann und weiterhin unter Besatzung steht? Wenn Arafat überhaupt Geld bekommt, dann für sein auf 70 000 Personen angewachsenes militärisch-politisches Sicherheitsestablishment, aber nicht für Investitionen zum Nutzen seines Volkes.

Im Wesentlichen ist es auch bis heute bei den Zusagen geblieben. So werden im Augenblick hauptsächlich die Gelder dafür verwendet, Arafats Armee und die neuentstandene bürokratisch-militärische Klasse zu unterstützen. Die spärlichen Investitionen sind nicht dazu angetan, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Ebenso hemmend ist Arafats autokratischer und selbstherrlicher Führungsstil. Er führt die Enklaven wie eine Befreiungsorganisation, d.h. er entscheidet quasi alles allein. Solange Arafat seine undurchsichtigen Führungs- und Finanzallüren nicht aufgibt, solange werden die Geldgeber zu Recht zurückhaltend mit weiteren Zusagen sein. Es ist zu hoffen, daß ihn das Parlament

stärker kontrolliert und Rechenschaft von ihm verlangt. Skepsis ist auch hier angebracht. Welches sind die Konsequenzen der drei Abkommen für die Palästinenser?

Vom internationalen zum lokalen Konflikt

Nach der Unterzeichnung der Abkommen zwischen Israel und den Palästinensern fragt keiner mehr nach der Relevanz des Völkerrechts in diesem Konflikt. Es sei daran erinnert, daß Israel wider das Völkerrecht fremdes Territorium besetzt hält und die einseitigen Maßnahmen von seiten Israels völkerrechtlich formal null und nichtig sind. Sowohl die Annexion Jerusalems und der Golanhöhen als auch die Siedlungen in den besetzten Gebieten widersprechen dem Völkerrecht. Deshalb hat auch ein Referendum -wie von Israel gewünscht- keinerlei völkerrechtlich bindende Wirkung. Da aber das Völkerrecht nur dort seine Anwendung findet, wo es von einer Macht durchgesetzt wird, wie dies im Falle des irakischen Überfalls auf Kuwait geschehen ist, braucht sich Israel keine Sorgen zu machen. Hätten die USA wirklich jemals ernsthaft gewollt, wären die UN-Resolutionen 242 und 338 umgesetzt worden. Sie hatten aber davon keine machtpolitischen Vorteile. Dagegen tun die USA alles, um die UN-Resolutionen, die den Palästinakonflikt betreffen, zu liquidieren, da es sich nach ihrer Meinung nicht mehr um einen internationalen, sondern nur noch um einen bilateralen Konflikt handelt, der in beiderseitigem Einvernehmen zu regeln ist. Was dies für die Palästinenser bedeutet, dürfte klar sein: Der machtpolitisch Schwächere hat sich dem Diktat des Stärkeren zu beugen, was auch geschieht.

Einschränkend muß noch darauf hingewiesen werden, daß auch Israel Konzessionen gemacht hat. So hat das Land erstmals nach 29 Jahren Besatzungsherrschaft ideologische und praktische Positionen geräumt, die immer als irreversibel gegolten haben. So wurde die PLO als einzig legitime Repräsentantin des palästi-

nenschen Volkes anerkannt. Mit dem stark geschwächten Repräsentanten Arafat war es dann ein leichtes, diese Art Verträge auszuhandeln. Es gibt jetzt eine palästinensische „Teilsouveränität“ von Israels Gnaden. Der Separationsprozeß beruht auf einem neuen Unterdrückungssystem, das nun die Palästinenser über ihre eigene Bevölkerung installieren, ohne das israelische wirklich losgeworden zu sein. Israel maßt sich weiterhin an, auch Palästinenser in den Autonomieenklaven zu verfolgen und Häuser zu zerstören. Die eher bedächtige „Neue Zürcher Zeitung“ vom 7. Juli 1995 nennt Arafat einen „Statthalter dieses selbstverwalteten Gefängnisses“. Und Arafats Sprecher, Marwan Kanafani, nennt das „erste Jahr Autonomie eine Riesenenttäuschung“.

Durch die Unterzeichnung der Abkommen haben sich die Palästinenser einer für sie vorteilhaften völkerrechtlichen Position beraubt. Sie haben als Unterdrückte ihre Unterdrücker legitimiert. Zu dieser Strategie gehört auch das Votum des amerikanischen Senats, die US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem bis 1999 zurückzuverlegen. Präsident Bill Clinton ist derzeit nur noch dagegen, weil dies die arabischen Staaten als Affront betrachten würden, und dies negative Auswirkungen auf den Friedensprozeß haben könnte. Die arabischen Länder sehen die USA schon lange nicht mehr in der Rolle des „ehrlichen Maklers“. Waren sie dies jemals? Unter Clinton haben sie diese Rolle sofort abgelegt. Eine pro-israelischere Regierung wie die augenblickliche in den USA hat es noch nie gegeben. Die USA tun auch alles, um die Europäer aus der Region fernzuhalten. Ihre Art „hands-off“-Politik ist eine Neuauflage der Monroe-Doktrin für den Nahen Osten, nach der sich die europäischen Mächte aus dieser Region herauszuhalten haben, weil dies alleiniges Interessensgebiet der USA ist. Die anderen Mächte sind höchstens als Geldgeber willkommen. Politisch stören sie nur die Kreise der Pax Americana für diese Region.

Das Interimabkommen als „Meilenstein“ in die Ghettoisierung?

Die Konzessionen, die die Palästinenser auch im Interimabkommen machen mußten, sprechen für die eingangs geäußerte Unterwerfungsthese. Die sieben Annexe des „Interimabkommens“ lesen sich wie ein israelisches Diktat über die Palästinenser. Jede Einzelheit ist hier den Palästinensern vorgeschrieben worden. Nach diesem Abkommen ist Arafats Autonomiebehörde jetzt nichts weiter als eine von vielen Interessengruppen, wie z.B. die religiöse Shas-Partei, die mit der israelischen Regierung um jedes Zugeständnis feilschen muß. Wie Israel die Rolle Arafats sieht, zeigt folgendes Zitat: „Das Schicksal des Abkommens hängt davon ab, wie effektiv die Palästinenser gegen den Terrorismus vorgehen“, so der Generalstabschef Amnon Shahak am 24. September 1995 in Yediot Aharonot.

So haben sich die israelischen Truppen vertragsgemäß bis 22 Tage vor den Wahlen aus den Städten Jenin, Nablus, Tulkarem, Kalkiliya, Ramallah und Bethlehem zurückgezogen. Sie bilden Zone A und werden 3,5 % des Gebietes ausmachen. Selbst in dieser Zone können die palästinensischen Polizisten Israelis nicht verhaften oder einsperren „not in any circumstances“. Sie können nur nach dem Paß und den Autopapieren fragen. Bei gemeinsamen Patrouillen dürfen dies nur die Israelis. Die Zivilverwaltung wird auch auf die Palästinenser übergehen.

Nach den Wahlen beginnt Israel mit einer zweiten, umfassenderen Umgruppierung, die sich auf 18 Monate mit drei Abschnitten zu je sechs Monaten erstreckt. Zusätzliche Teile der Zone C werden in die Gewalt der Palästinenser übergehen, so daß das Gebiet unter palästinensische Jurisdiktion nur solche Gebiete umfaßt, deren Status erst in den Schlußverhandlungen festgelegt wird wie Siedlungen, militärische Einrichtungen etc. Die Kontrolle über das Wasser wird Israel nicht abgeben; eine Regelung bleibt bis zu den endgültigen Status-Verhand-

lungen offen. Es gab keine Rückgabe von Wasserquellen. In einem Dreier-Ausschuß soll über die Erschließung neuer Wasserquellen in der Westbank verhandelt werden.

Wichtig sind die Sicherheitskräfte zur Verhinderung von „Terrorismus und Gewalt“. Sie sollen 12000 Mann umfassen. Auch hier werden die Israelis den Palästinensern die Hand führen. Es wurde ein gemeinsamer Sicherheitsausschuß eingerichtet, der die Maßnahmen zwischen der palästinensischen und der israelischen Polizei koordinieren wird.

Hebron bildet einen Sonderfall. Für die Sicherheit der etwas über 400 Siedler ist ausschließlich Israel zuständig. Die militärische Kontrolle in der Stadt wird zwischen Palästinenser und Israels aufgeteilt. Nur in einem Gebiet, das gesondert ausgewiesen ist, haben die Palästinenser alleinige Autorität, für alle anderen Gebiete müssen sie die Zustimmung des gemeinsamen Ausschusses einholen. Die übergreifende Sicherheit wird weiterhin von Israel gesichert. Selbst wenn das separate Straßensystem für die Siedler fertiggestellt sein wird, zieht sich das israelische Militär aus Hebron nicht zurück. Dieses separate – 400 km umfassende Straßensystem – wird für das gesamte Westjordanland gebaut. Warum baut man es, wenn im Mai 1996 die Verhandlungen über den endgültigen Status beginnen sollen? Die sogenannten „Friedensstraßen“ dürfen nur in eingeschränktem Maße von Palästinensern benutzt werden. Andere Quellen sprechen davon, daß die Palästinenser sie gar nicht benutzen dürfen. Sollte dies zutreffen, gibt es in den autonombesetzten Gebieten erstmals in der Geschichte ethnisch reine Siedlungen und ethnisch reine Straßen!

In der sogenannten B-Zone liegen die 420 Kleinstädte und Dörfer. Die Zivilverwaltung wird an die Palästinenser übergeben. Es werden dort 25 palästinensische Polizeistationen errichtet. Die übergreifende Verantwortung und Sicherheit bleibt bei Israel, nur was ausschließlich die Palästinenser betrifft, kann die

palästinensische Polizei alleine entscheiden. Sie kann sich auf den Straßen der Westbank ohne israelischen Verkehr frei bewegen, auf allen anderen Straßen bedarf es der israelischen Genehmigung.

In der sogenannten Zone C, die macht 73% der Westbank aus, bleibt alles beim alten. Hier liegen die Siedlungen, und den Großteil der Westbank betrachtet Israel als Staatsland. Das Interimabkommen mit seinen Autonomieein-
seln kann von Israel jederzeit außer Kraft gesetzt werden, da Israel die Macht und das Recht hat, jede Insel völlig abzuriegeln, was bereits mehrmals geschehen ist. In dieser Zone werden nur solche Verantwortlichkeiten auf die Palästinenser übertragen, die nicht den endgültigen Statusverhandlungen vorbehalten sind.

Bei dieser Sachlage ist es völlig unverständlich, daß Interimabkommen als „Meilenstein“ zu preisen, wie es in palästinensischen Kommentaren geschehen ist. Arafat hat Israel bereits im „Gaza-Jericho-Abkommen“ in Artikel 22 und nochmals im „Interimabkommen“ in Artikel 20 einen „Persilschein“ dahingehend ausgestellt, daß das Land für die verursachten Schäden während seiner Besatzungszeit nicht verantwortlich und haftbar gemacht werden kann. Die angestrebte Kontonisierung erinnert fatal an „südafrikanische Homelands“, die zwar formal Symbole der Autorität besaßen, aber Marionetten-Regime Südafrikas waren. Arafat ist eine Liaison mit der früher herrschenden Notablen-Klasse eingegangen. So setzt er nach Art eines Clanchefs stellvertretende Sub-Clanchefs ein, die in seinem Sinne für Ruhe und Ordnung sorgen. Eine solche Bantustanisierung ist bereits von weitblickenden Israelis und Palästinensern wie Meron Benvenisti, Azmi Bishara, Edward Said, Roni Ben Efrat u.a. vorausgesagt worden.

Wie irrelevant das Interimabkommen ist, wurde bereits durch einen Kommentar in Ha`aretz vom 6. Juli 1995 von Meron Benvenisti deutlich gemacht: „Die Bezeichnung der

Situation in den Gebieten als ‚Besetzung‘ beruht auf mehreren Bedingungen, und zwar auf der Übernahme der Hälfte des Landes in der Westbank, der Siedlungen in aneinandergereihten Blöcken, des Gebrauchs des meisten Wassers durch Israel, der wirtschaftlichen Ausbeutung, der Behinderung der palästinensischen wirtschaftlichen Entwicklung, des bürokratischen Terrorismus, der brutalen Gewalt und der totalen Unterdrückung jeglicher palästinensischer politischer Aktivität. Keine einzige dieser Bedingungen wird sich durch die erwartete Unterzeichnung des Interimabkommens ändern, außer der letzten. In den anderen Bereichen wird die israelische Kontrolle weniger direkt sein. Statt die Dinge selber zu regeln, werden ‚israelische Verbindungsoffiziere‘ hinter den palästinensischen Angestellten die Entscheidungen treffen, gerade wie es im Gaza-Streifen geschieht.“ Benvenisti bezeichnet das „Interimabkommen“ als „Kapitulationsabkommen“. Nach ihm wird die Westbank und Gaza ethnisch und nicht geographisch definiert. Neben den Palästinensern werden also weiter israelische Siedler leben, für die israelisches Recht gilt, die in ethnisch reinen Siedlungen unter sich leben. Die Palästinenser haben über die Siedler keinerlei Jurisdiktion oder polizeiliche Gewalt.

Folgendes Resümee eines Workshops, der von der israelischen Menschenrechtsorganisation HAMOKED am 7. November 1995 im Ambassador-Hotel in Ost-Jerusalem veranstaltet worden ist, sei hier zitiert: „The agreements have left Israel in effective control of most aspects of Palestinian daily life. By retaining direct authority over freedom of movement, through exit and entry permits, residency and family reunification permits, Israel also controls basic issues of economy, health, freedom of education, family life and culture in general. Extensive powers of the Israeli security services and perpetual closures only underscore and exacerbate this situation. The fundamentals of the human rights situation in this

area, together with the bulk of human rights violations remain the same, unaffected by the agreements."

Falls im Mai 1996 die Verhandlungen über den endgültigen Status beginnen sollten, wird Arafat jeglicher politischen Druckmittel beraubt sein und den Realitäten ins Auge sehen müssen. Erst dann geht es um Wesentliches: Jerusalem, die Siedlungen, die Rückkehr der Flüchtlinge von 1967, die Eigenstaatlichkeit, die Entschädigung u.v.m. Jetzt werden die Palästinenser auf den guten Willen Israels angewiesen sein, und der zählt in den internationalen Beziehungen wenig, wo es um die Durchsetzung von nationalen Interessen und Machtpolitik geht. Da Israel in der dominanten Position ist, braucht es auch keine substantiellen Konzessionen zu machen. Sollte das Land einen Friedensvertrag mit Syrien abschließen, wird die Lage der Palästinenser noch aussichtsloser, als sie jetzt schon ist. Dann braucht Israel gegenüber den Palästinensern gar keine Zugeständnisse mehr zu machen, weil die Palästinenser auch noch den letzten Fürsprecher verloren haben werden. Auch die USA werden dann jegliches Interesse an den Palästinensern verloren haben und überhaupt keinen Druck mehr auf Israel ausüben. Politische Zugeständnisse von seiten der Palästinenser wurden bisher nicht durch israelische Großzügigkeit beantwortet.

Das Dilemma, in dem sich Arafat befindet, ist offensichtlich. Je öfter er gegenüber Israel nachgeben muß, desto schwächer wird seine Position innerhalb der palästinensischen Gesellschaft. Dies kann er nur durch größere Repression kompensieren. Aufgrund dieser heiklen Lage hat die Kritik der Opposition einige Plausibilität für sich. Sie wirft Arafat vor, „Israels neuer militärischer Arm und ein Instrument des Staates Israel“ zu sein. Der Sprecher von Hamas, Mahmud Zahar, bezeichnet die Vereinbarungen von Oslo als ein reines „Sicherheitsabkommen zugunsten Israels, um ein Abkommen, welches die Besetzung kei-

neswegs beende, sondern ihre Fortsetzung rechtfertige, ihr einen Schein von Legalität verleihe und Israel gegen internationale Kritik absichere“. Dies zeigt deutlich, in welcher absurden Situation Arafat sich befindet. Daß sich weder Hamas noch die säkulare Opposition an den Wahlen beteiligt haben, war ein großer politischer Fehler. Ihre Legitimation ist dadurch geschwächt, sie sollten aber unbedingt an den im Juni stattfindenden Kommunalwahlen teilnehmen. Arafat hat seinen Wahlkampf nicht mit den Abkommen bestritten, sondern mit Parolen über die Schaffung eines Palästinenserstaates und der Rückkehr der Flüchtlinge. Beides wird von Israel vehement abgelehnt und ist völlig unreal.

Bantustan oder Ausstieg?

Wenn Israel seine Vorstellungen in diesem „Friedensprozeß“ durchgesetzt haben wird, werden die Israelis fast 100 Prozent der palästinensischen Bevölkerung los sein, aber nur 30 Prozent des Territoriums. Gleich wie das palästinensische Gebilde auch aussehen mag, es wird „ein palästinensischer Staat sein“, so etwas zynisch Umweltminister Yosef Sarid. Ministerpräsident Shimon Peres hat am 22. November 1995 in „Ha`aretz“ folgendes zu Protokoll gegeben: „Der Palästinenserstaat wird nur im Gaza-Streifen und Jericho gegründet, während der Rest der Westbank auf absehbare Zeit – und ich meine eine sehr lange Zeit – nur ein autonomes Gebiet bleiben wird, das vielleicht in eine Konföderation eingebunden sein wird.“ Das Ministerpräsident Peres ein „Liberaler“ ist, ist eine Kreation der westlichen Medien. Seine Haltung ist wesentlich undurchsichtiger als diejenige Rabins. Rabin war Militär und hat gesagt, was er dachte; Peres dagegen ist eine Sphinx.

Für Israel haben sich die Abkommen schon vielfach ausgezahlt. Das Land wurde aus seinem Paria-Status in der Region enthoben. Jordanien hat einen Friedensvertrag mit Israel geschlossen und der Golf-Kooperations-

rat den Wirtschaftsboycott aufgehoben. Israel hat in Tunesien und Marokko Verbindungsbüros eingerichtet. Ende Oktober 1994 (30.10.-1.11) wurde Israel zur arabischen Wirtschaftskonferenz ins marokkanische Casablanca geladen; die Palästinenser waren hier nur Zaungäste. Auf der Nahost-/Nordafrikanischen Wirtschaftsgipfel vom 29.-31.10.1995 in Amman zogen Israel und die PLO aber bereits an einem Strang, was die Einrichtung einer regionalen Entwicklungsbank anbelangte. Die EU hat am 20. November 1995 das von Israel langersehnte Assoziierungsabkommen unterzeichnet. Damit erhält das Land den EFTA-Status. Fairerweise sollte man diesen Status auch den Palästinensern anbieten, da sie seit 29 Jahren von Israel ökonomisch ausgebeutet werden. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen von Ländern, die bisher noch Vorbehalte gegenüber Israel hatten, ist erfolgt. Bis zur Madrider-Friedenskonferenz hatte Israel nur zu 62 Staaten diplomatische Beziehungen, heute sind es 153. Die Abkommen haben Israel den Weg zur dominierenden Wirtschafts- und Militärmacht in der Region geebnet. Sie sind das Entrée in die arabische Welt.

Was bleibt für die Palästinenser, und was hat Oslo für Konsequenzen? Mit der Anerkennung Israels haben die Palästinenser die amerikanisch-israelische Dominanz im Nahen Osten anerkannt. Mit dem Abkommen werden die Rechte der Palästinenser, die in den letzten 20 Jahren von der internationale Staatengemeinschaft anerkannt worden sind, als ein Problem des Völkerrechts aufgegeben und zu einer Frage von bilateralen Verhandlungen gemacht. Die PLO hat den Siedlungen eine Legitimität gegeben, die sie vorher nie hatten. Ihr Ausbau hat sich nach Oslo beschleunigt. Die Palästinenser haben ihrer eigenen Bantustanisierung zugestimmt. Das Flüchtlingsproblem hat aufgehört, eine Frage des Völkerrechts zu sein, sondern muß bilateral geregelt werden. In direkten Verhandlungen werden die Amerikaner und Israel weiteren Druck auf die Palästinenser

ausüben. Entweder erhalten die Flüchtlinge von 1948 permanenten Status in ihren Gastländern oder sie werden weiter zerstreut. Die palästinensische Gesellschaft ist auf dem Weg zu einer Militarisierung. Die PLO hat sich von der amerikanischen Rhetorik eines „ehrlichen Maklers“ täuschen lassen, anstatt sie als eigene Macht mit eigenen Interessen zu sehen. Die PLO hängt diplomatisch von Ägypten ab, hat sich von Syrien und Libanon entfremdet und steht im Wettbewerb mit Jordanien um die Gunst Israels. Arafat hat nur die Chance immer rücksichtsloser die ihm von Israel vorgeschriebene interne Sicherheitsagenda gegenüber seiner eigenen Bevölkerung durchzusetzen, was auf Kosten der Demokratie und der Menschenrechte geht. Seine Menschenrechtsbilanz ist nach fast zwei Jahren Herrschaft katastrophal. Noch schlimmer jedoch ist die Israels, das die Menschenrechte der Palästinenser bis heute auf das schwerste verletzt.

Fazit und Ausblick

Arafat hat es durch seine Unterwürfigkeit endlich geschafft, vom „Weißen Mann“ als „Präsident“ akzeptiert zu werden. Das Odium der alle „Terroristenlisten der USA Zierenden“ hat er abgelegt. Er hat sich nichts schenlicher gewünscht, als von Bill Clinton, Jacques Chirac, Helmut Kohl und der Harvard-Universität empfangen und eingeladen zu werden. Sein treibendes Motiv war, als „Präsident Palästinas“ und nicht als „Terrorist“ in die Geschichte einzugehen.

Es wird für die Palästinenser in den vorausliegenden Verhandlungen sehr schwer werden, von Israel Zugeständnisse zu erhalten, weil das Land sich auf sein Konzept der funktionierenden Teilung der Macht zwischen Israel, der Autonomiebehörde und einer Konföderation zwischen Israel, Jordanien und den Palästinensern besinnt. Große Teile des Likud-Blocks und der extremen Rechten in Israel können sich mit diesem Plan identifizieren. Es ist sowieso völlig unverständlich, warum die

Rechtsextremisten gegen die Rabin-Regierung Sturm gelaufen sind und den Ministerpräsidenten ermordet haben, obwohl er ihr letzter Interessenvertreter war. Rabin galt als der „hohe Priester“ des Sicherheitsdenkens und des Sicherheitsestablishments. Die Palästinenser haben mit dem „Interimabkommen“ die Siedlungen de facto -wenigstens für einen längeren Zeitraum- anerkannt. Wie kommentierte zu Recht Shalom Yerushalmi in Maariv vom 29. November 1995: „Das endgültige Abkommen wird mehr oder weniger eine Kopie des Interimabkommens (Oslo II) sein – plus oder minus einer Anzahl von Siedlungen, die in Cluster zusammengefaßt werden, die unter israelische Souveränität kommen. Wie sagte einst ein hoher israelische Minister: ‚Wir bauen keine Umgehungsstraßen, um sie in zwei oder drei Jahren wieder abzureisen‘.“

Israel wird wohl auch in der Ost-Jerusalem-Frage zu formalen Konzessionen bereit sein. So wird weiterhin die palästinensische

Fahne über dem Orient-Haus und anderen Einrichtungen wehen dürfen, wenn dies dem palästinensischen Nationalstolz dient. Die Rechten und die Linken in Israel sind sich in einem einig: dem Zionismus, der Staatsraison Israels. Wie schrieb der Minister ohne Geschäftsbereich, Jossi Beilin, in der Zeitung Ha'aretz vom 15. November 1995: „Was die Rechte und die Linke gemeinsam hat, ist der Zionismus und die Zukunft des jüdischen Volkes, und dies muß Priorität über alles andere haben.“ Ist Beilin eigentlich bewußt, daß der Zionismus ein Auslaufmodell ist? Als Außenminister Ehud Barak bei einem Vortrag gefragt wurde, wie er sich denn die Zustimmung der Palästinenser zu den Siedlungskonzentrationen vorstelle, antwortete er: „Über was reden Sie da? Wir sind diejenigen, die die Macht haben.“ Das israelisch-palästinensische Problem wird auf machtpolitischen Wege „gelöst“. Ob dies aber von Dauer sein wird, entscheidet die Geschichte.